

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Christoph Hartmann (Homburg), Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Hermann Otto Solms, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Friedens- und Konfliktforschung – Vorlage eines Berichts der Deutschen Stiftung Friedensforschung

Die weltweit spürbaren Folgen des Terroranschlages vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York, die internationale Terrorismusbekämpfung durch die Vereinten Nationen, der derzeitige Unilateralismus der USA, aber auch der damit verbundene Wandel sowohl in der NATO als auch in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland bedürfen einer objektiven wissenschaftlichen Begleitung, Betrachtung und Wertung durch die Friedensforschung in Deutschland.

Der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen das Terrorregime von Saddam Hussein im Irak und daraus resultierende mögliche Veränderungen der Kräfteverhältnisse im Nahen Osten bedingen einen zeitnahen und effizienten Transfer von Forschungsergebnissen zu den politischen Entscheidungsträgern.

Dabei darf es nicht darum gehen, den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn den Bedürfnissen von Entscheidungsträgern in Regierung, Parlamenten, Parteien und Organisationen anzupassen und darauf abzustimmen. Vielmehr muss die Friedensforschung Theorien über die Ursachen von Krisen und Konflikten, der Krisenprävention und der Konfliktbewältigung entwickeln, um der Politik Informationen über Handlungsmöglichkeiten und deren Konsequenzen zu geben.

Die deutsche Friedensforschung muss den Versuch unternehmen, eine objektive und interdisziplinäre Beurteilung der die Konflikte belastenden ökonomischen, ideologischen, sozialen und religiösen Strömungen in der Welt aufzuzeigen.

Die Bundesregierung beabsichtigte, mit der Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland

dauerhaft zu stärken, zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen und eine auf Bundesebene bestehende institutionelle „Lücke“ zu schließen.

Ihrem Stiftungszweck entsprechend soll die DSF die vorhandenen Potenziale stärken und helfen, neue Kapazitäten an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen aufzubauen. Dabei soll sie wissenschaftliche Vorhaben initiieren und fördern, den wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützen und den internationalen wissenschaftlichen Gedankenaustausch beleben.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche konkreten Forschungsprojekte fördert die DSF seit ihrer Gründung bzw. seit der Aufnahme ihrer regulären Arbeit?
2. Gibt es erste Ergebnisse aus den geförderten Projekten?
Wenn ja, welche sind das und wem wurden diese Ergebnisse zur Auswertung und Umsetzungen zugeleitet?
3. Welche personellen Auswirkungen hat die Tätigkeit der DSF auf die Friedensforschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie die internationale Forschungskooperation (hierzu bitte Anzahl der geförderten Juniorprofessuren, Forschungsstipendiaten, Habilitanden usw. angeben)?
4. Welche geförderten Projekte der DSF führten zu einem zeitnahen und effizienten Transfer der Forschungsergebnisse zu den politischen Entscheidungsträgern?
5. Werden von der DSF Forschungsprojekte gefördert, die Erkenntnisse und Erklärungsmodelle der verschiedenen Disziplinen, wie z. B. das Staats- und Völkerrecht, die Spieltheorie des strategischen Verhaltens und die Wachstumstheorie sowie deren Abgleich untereinander einbeziehen?
6. Wirkt die DSF direkt auf bestehende Förderprogramme der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein?
7. In wie weit erfolgt eine Kooperation der Arbeit der DSF mit anderen Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung, z. B. der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), dem Bonner Konversionszentrum (BICC) u. a.?
8. Welche Forschungsprojekte zur Friedens- und Konfliktforschung werden gegenwärtig an Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung finanziell gefördert, und wie hoch ist der Anteil der Stiftungen, die ihr Stiftungskapital durch Bundesmittel bezogen haben?

Berlin, den 8. April 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion